

INNENPOLITIK

Vielfältige Herausforderungen für den neuen Senat

Nachdem sich in Hamburg die Fortsetzung der Koalition aus SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen als Ergebnis der Bürgerschaftswahl für die kommende Legislatur von fünf Jahren ergeben wird, ist es für die GdP Hamburg an der Zeit, konkrete Forderungen zu stellen. Unser Ziel ist es, als kritischer und konstruktiver Gestalter für die Interessen unserer Mitglieder und der inneren Sicherheit in Hamburg einzutreten.

Jörn Clasen

Folgen Worte Taten?

Die Hamburger Parteien hatten unterschiedliche Positionen zur inneren Sicherheit und zur Polizei. Bereits im Herbst vergangenen Jahres haben wir um Stellungnahmen der Parteien gebeten. Aufgrund der zwischenzeitlichen Notwendigkeit, die Wahlen zum Bundestag ebenfalls durchzuführen, fehlte grundsätzlich die Zeit, dezidiert auf unsere Fragen zu antworten. Daher haben wir entsprechende Recherchen in den jeweiligen Wahlprogrammen und veröffentlichten Positionen durchgeführt. Aufgrund des Wahlergebnisses Ende Februar 2025 werden wir

uns mit den Ankündigungen der SPD und der Grünen beschäftigen.

Was SPD und Grüne versprochen haben

Bereits im Februar haben wir darüber berichtet, was den Wahlprogrammen zu entnehmen war. Die SPD setzt sich für eine Stärkung der Polizeipräsenz in der Stadt ein und unterstützt Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung. Sie setzt sich auch für eine bessere Ausstattung der Polizei und eine enge Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden ein.

Die Grünen setzen sich für eine ganzheitliche Sicherheitspolitik ein, die neben der Bekämpfung von Kriminalität auch präventive Maßnahmen umfasst. Sie fordern eine Stärkung der sozialen Arbeit und der Jugendarbeit, um Kriminalität vorzubeugen.

Die SPD Hamburg legt in ihrem Regierungsprogramm für die Bürgerschaftswahl 2025 besonderen Wert auf die Stärkung der Polizei und die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. Ein zentrales Vorhaben ist die Schaffung von 500 zusätzlichen Polizeistellen, um den gestiegenen Anforderungen in der Verbrechensbekämpfung gerecht zu werden.

Zudem plant die SPD, die Nachwuchsgewinnung und Ausbildung bei der Polizei zu intensivieren. Dazu gehören eine neue Marketingkampagne zur Erhöhung der Bewerberzahlen sowie die Integration digitaler Technologien in die Ausbildung, beispielsweise durch die Bereitstellung von Tablets für Schulungszwecke.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Modernisierung der Ausrüstung und Infrastruktur der Polizei, um deren Einsatzfähigkeit zu optimieren. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die Polizei den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen effektiv begegnen kann.

Die Hamburger Grünen setzen in ihrem Programm für die Bürgerschaftswahl 2025 auf eine evidenzbasierte und präventive Sicherheitspolitik, die den Menschen und seine Grundrechte in den Mittelpunkt stellt.

Die Grünen betonen die Bedeutung einer gut ausgestatteten Polizei und haben bereits die Zahl der Ausbildungsplätze auf 500 er-



Foto: Legraphy auf Pixabay



hört. Sie planen, diesen Weg fortzusetzen und die Polizei von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, um die Einsatzkräfte effizienter einzusetzen.

Zudem setzen sie sich für eine Reform der polizeilichen Aus- und Fortbildung ein, mit Fokus auf Bürger*innen- und Menschenrechtsbildung sowie der Bekämpfung von Rassismus innerhalb der Polizei. Die Vielfalt der Gesellschaft soll sich in der Polizei widerspiegeln.

Die Grünen legen Wert auf Präventionsarbeit und betonen, dass Sozialarbeit, Suchtberatung und Bildung häufig mehr zur Sicherheit beitragen als eine reine „Law-and-Order-Politik“. Sie setzen auf clevere und differenzierte Antworten, die nicht allein von der Polizei kommen dürfen.

Ein Beispiel ist die geplante Entkriminalisierung des Cannabiskonsums, um der gesellschaftlichen Realität gerecht zu werden und den Fokus der Polizei auf die Bekämpfung harter Drogenkriminalität zu lenken.

Die Grünen streben an, die Polizei mit moderner technischer Ausrüstung zu versehen und den Einsatz digitaler Technik zu fördern, um die Arbeit der Sicherheitskräfte zu unterstützen und effizienter zu gestalten.

Insgesamt verfolgen die Grünen eine Sicherheitspolitik, die auf Prävention, Vielfalt und evidenzbasierte Maßnahmen setzt, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in Hamburg gerecht zu werden.

Machen wir es konkret: unsere Forderungen an den neuen Senat

Unsere wesentlichen Forderungen an den neuen Senat sind eindeutig:

1. Personalaufstockung und Entlastung

Wir fordern weiterhin eine deutliche Aufstockung des Personals, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden und die Arbeitsbelastung unserer Kolleginnen und Kollegen zu reduzieren.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Wir werden es fortsetzen, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Arbeitszeitmodelle zu überarbeiten, um Überlastungen und gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden.

2. Angemessene Vergütung

Tarifverhandlungen: In den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes (TV-L) stellt die GdP gemeinsam mit anderen Gewerkschaften Forderungen nach Gehaltserhöhungen und Inflationsausgleichszahlungen. Sie erwartet vom Senat ein Angebot, das diesen Forderungen entspricht und sich angemessen der Frage der amtsangemessenen Alimentation stellt. Dies gilt insbesondere für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, die eine ständige Kürzung ihrer Versorgung aufgrund historisch behaupteter Bedingungen hinnehmen müssen.

3. Sicherheitslage und Kriminalitätsbekämpfung

Bekämpfung krimineller Strukturen: Angesichts zunehmender Schießereien und krimineller Aktivitäten in Hamburg kritisiert die GdP die langen Verfahrensdauern und milden Strafen, die kriminelle Strukturen begünstigen. Sie fordert vom Senat effektive Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage.

4. Disziplinarrecht aktuell

Kritik an Gesetzesentwurf: Wir äußern zusammen mit dem DGB Bedenken gegenüber dem neuen Gesetzesentwurf des Senats, der vorsieht, dass bei schweren Pflichtverletzungen die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis durch eine Disziplinarverfügung der Dienstherren möglich sein soll. Wir fordern eine Überarbeitung des Entwurfs unter Berücksichtigung der Rechte der Beamten.

5. Aus- und Fortbildung

Wir bleiben bei unserer klaren Feststellung, dass die Aufgaben der Polizei im gehobenen Dienst geleistet werden müssen. Daher ist nur folgerichtig, dass auf eine Ausbildung im mittleren Dienst zugunsten eines Studiums an der Akademie der Polizei Hamburg verzichtet werden muss. Auf die Möglichkeiten, den Zugang über unterschiedliche Modelle zu regeln, sind wir bereits mehrfach eingegangen.

6. Eine Polizei für alles

Darüber hinaus sind wir als GdP Hamburg und nach Beschlusslage seit längerer Zeit der festen Überzeugung, dass es für die Zukunft der Polizei unumgänglich ist, die Ausrichtung weg von Sparten hin zu einer Polizei für alle zu ändern. Den Berufsbeginn gemeinsam gestalten, anschließend sich

entsprechend den Interessen und persönlichen Möglichkeiten zu spezialisieren, wird der Vielseitigkeit, aber auch dem Grundverständnis für moderne Polizeiarbeit einen wesentlichen Auftrieb geben. Verzichten wir auf die Schranken, die eine Spartenpolizei mit sich bringt.

7. Moderne Ausstattung in allen Bereichen

Es ist nicht zu akzeptieren, dass im Zeitalter der Digitalisierung und der KI-unterstützten Strukturen die erfolgreiche Polizeiarbeit weiterhin auf Hürden trifft, die nicht mehr zeitgemäß sind. Globale Bedrohungen und rasante digitale Fortschritte machen es zwingend, sich hier sowohl personell als auch materiell umgehend moderner und zukunftsorientiert aufzustellen.

8. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

In diesen Bereichen bei der Polizei geht es darum, die Sicherheit und Gesundheit der Polizeibeamten während ihrer Arbeit zu gewährleisten. Die Tätigkeiten der Polizei sind oft mit besonderen Gefahren verbunden, wie etwa Einsätze in gefährlichen Umfeldern, körperliche Auseinandersetzungen oder Stresssituationen. Daher müssen spezielle Regelungen und Maßnahmen getroffen werden. Die Polizei hat aufgrund der besonderen Gefährdungen, denen ihre Beamten ausgesetzt sind, einen besonders hohen Bedarf an durchdachten und umfassenden Arbeitsschutzmaßnahmen. Dazu zählen unter anderem verbesserte persönliche Schutzausstattungen, Gefährdungsbeurteilung, Stressbewältigung und psychische Gesundheit; der Schutz von Einsatzkräften in besonderen Situationen und die Verantwortung der Dienstherren in diesem Bereich sind deutlich in den Blick zu nehmen.

Wie geht es nun weiter?

Für die GdP Hamburg ist eindeutig: Wir bieten an, über unsere Forderungen und Konkretisierungen Gespräche zu führen. Unter Berücksichtigung der fachlichen Expertise auf gewerkschaftlicher Seite werden wir dem Senat und den unterschiedlichen Behördenleitungen bei der Umsetzung eigener Ankündigungen und unserer Forderungen als kompetenter und zuverlässiger Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Unser Ziel ist klar: Es ist dringend an der Zeit, das Thema Innere Sicherheit wieder deutlich in den Fokus zu nehmen. ■

Der neue Tayron



Jetzt bei
uns erhältlich

Exklusive **Sonderkonditionen** für
Mitglieder der **GdP!**

→ Jetzt auf Anfrage sichern.

www.petschallies.de



Unsere Leistungen

Neuwagen
Tageszulassungen
Jahreswagen
Gebrauchtwagen

EU-Fahrzeuge
Werkstattarbeiten
Unfallschäden
24 Std. Abschlepp-
Service

Lackierarbeiten
Glasschäden
HU + AU täglich
Räder + Reifen-
Service

Petschallies Volksdorf GmbH

Eulenkrogstraße 59-61 | 22359 Hamburg
040/603 145 0 | volksdorf@petschallies.de



Petschallies
Hamburg • Ahrensburg

**POLITIK**

Die Forderung nach umfassenden Messerverboten muss juristisch halten!

„Wir Polizeibeamtinnen und -beamten wissen genau, dass unser Auftrag darin besteht, Gesetze und Verordnungen, wenn nötig auch gegen den Willen der Betroffenen, durchzusetzen. Die jetzt geltenden Waffenverbotszonen haben rechtsstaatliche und akribische Lageauswertungen als Grundlage.“

GdP Hamburg**Was gefordert wird, muss umsetzbar sein**

„Die Polizei ist zwingend darauf angewiesen, dass diese Beschränkungen rechtssicher sind. Rechtsunsicherheiten können wir uns nicht leisten!“, stellte der GdP-Landesvorsitzende Horst Niens in einer ersten Reaktion auf die Forderung der CDU Hamburg nach einem flächendeckenden Waffenverbot in Hamburg fest.

Letztlich dem zurückliegenden Wahlkampf geschuldet

„Die GdP Hamburg erwartet von der Politik Rechtsklarheit“, so Niens weiter. Allerdings dränge sich der Eindruck auf, dass die CDU lediglich ein Wahlkampfmanöver durchführen wollte.

Die CDU wollte im Wahlkampf noch einen Punkt setzen, aber möglicherweise sei eine saubere juristische Arbeit vernachlässigt worden.

„Juristische Niederlagen beim Einsatz in Verbotszonen dürfen nicht passieren. Die Sorgfalt in der Anwendung des Rechts muss sein. Alles andere verspielt das Vertrauen der Bevölkerung und macht die tägliche Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen immer schwerer. Wahlkampf auf dem Rücken meiner Kolleginnen und Kollegen wird die GdP Hamburg nicht zulassen“, stellte Horst Niens klar. ■

Foto: Nikk/Verlaan auf Pixabay





INNERE SICHERHEIT

GdP Hamburg begrüßt Verbundeinsätze zur Kontrolle von Kiosken

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte und das Bezirksamt Altona haben nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit ihren jüngsten Verbundeinsätzen den richtigen Weg eingeschlagen und angefangen, den Rechtsstaat auch in Kiosken umzusetzen. Die GdP Hamburg begrüßt diesen Weg ausdrücklich. Klar ist, dass solche Einsätze arbeitsintensiv sind. Der Weg ist richtig und erfolgreich!

GdP Hamburg

Foto: GdP HH



Die Hamburger Behörden müssen gemeinsam agieren und den Rechtsstaat durchsetzen

GdP-Chef Horst Niens: „Wir haben mehrfach auf die unhaltbaren Zustände in Kiosken hingewiesen. Regelmäßig werden illegale Vapes gefunden, hochprozentiger Alkohol und Lachgas trotz Verbot an Kinder und Jugendliche verkauft. Das jetzige Einschreiten in Form von Verbundeinsätzen entspricht

den Forderungen der GdP und schützt insbesondere Kinder und Jugendliche.“

Gleichzeitig warnt die Gewerkschaft der Polizei davor, bei den Einsätzen nachzulassen. „Die Zeche für die Duldung rechtsfreier Räume und die Unterlassung der Bekämpfung entsprechender Straftaten zahlt die Gesellschaft“, so Niens. Und weiter: „Auch Kioske müssen streng kontrolliert werden. Die Ergebnisse des Einsatzes zeigen, dass sich die Betreiber von Kios-

ken nicht mal von der Ankündigung solcher Einsätze beeindrucken lassen und einfach weitergemacht haben. Die Hamburger Behörden müssen gemeinsam agieren und den Rechtsstaat durchsetzen“, stellte Niens klar.

Der Weg ist richtig und wichtig

Und abschließend: Wir fordern die Einführung einer Taskforce, um Kioske gezielt zu überprüfen und die Gesetze durchzusetzen. Gleichzeitig brauchen Orte wie St. Pauli ein Alkoholverkaufsverbot am Abend, damit der öffentliche Raum wieder sicherer und sauberer wird. Die Clubs und Bars sollen davon ausgenommen sein! ■





„Die Broschüre ist in der Geschäftsstelle der GdP in Hamburg erhältlich.“

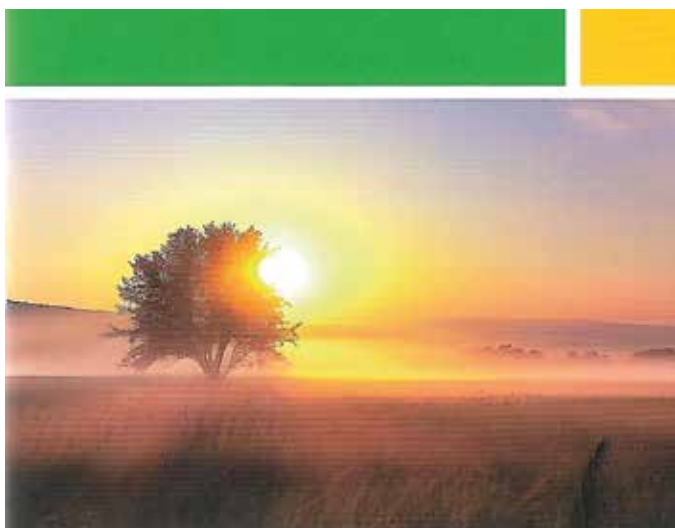
SENIORENARBEIT

Das Leben geht weiter – Informationen rund um den Todesfall

Liebe Kollegin, lieber Kollege, mit der vorliegenden Broschüre nimmt sich der Bundesseniorenvorstand der GdP eines Themas an, mit dem sich viele von uns ohne Anlass nicht beschäftigen würden oder es bewusst verdrängen. Dies gilt für alle Altersgruppen gleichermaßen.

Bundesseniorenvorstand

Fotos: Bundesseniorenvorstand



Das Leben geht weiter

Informationen rund um den Todesfall



Inhalt

Einleitung	4
Was ist bei einem Sterbefall zu beachten?	5
1 Erledigungen mündlich	5
2 Folgende Meldungen sind schriftlich vorzunehmen	6
3 Später erledigen	7
4 Weitere Hinweise	7
5 Formlose Todesmeldungen	8
6 Sterbegeld	8
7 „Sterbevierteljahr“ der gesetzlichen Rentenversicherung	9
8 Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen	9
9 Renten für Hinterbliebene	10
10 Urlaub und Mehrarbeitsstunden	10
11 Beihilfe in Todesfällen	11
12 Wichtige Informationen für Witwen/Witwer von Mitgliedern der GdP	13
13 Wesentliche Vorteile, die im Mitgliedsbeitrag enthalten sind	13
Nicht vergessen!	14
Weitere Informationen	15
Anschriften und Erreichbarkeiten der GdP-Landesbezirke und Bezirke	16
Checkliste für den Todesfall	18



Was wirklich wichtig und zu erledigen ist

Wenn ein naher Angehöriger stirbt und insbesondere dann, wenn das Ableben infolge eines Unfalls oder plötzlichen Ereignisses nicht vorhersehbar war, sind die Hinterbliebenen mit der schwierigen Situation überfordert und wissen oft nicht, was nun alles zu erledigen ist.

Der Bundesseniorenvorstand der GdP will mit dieser Broschüre einen Überblick über die zu erledigenden Tätigkeiten und die sich ergebenden Rechtsansprüche geben. Diese erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie ist nur eine Hilfestellung, ersetzt aber keinesfalls weitergehende professionelle Beratung und Auskunft.

Der Bundesseniorenvorstand legt dabei Wert auf die Feststellung, dass sich GdP-Mitglieder bei Trauerfällen jederzeit an die Landes-/Bezirksgeschäftsstellen wenden und dort weitere Hilfestellungen erhalten können.

Wir danken dem Landesseniorenvorstand der GdP Saarland und der GdP Bremen für die hervorragende Vorarbeit zu dieser Informationsbroschüre. ■



SENIORENARBEIT

Mitgliedertreffen der GdP-Senioren und -Seniorinnen am 8. April in der GdP-Geschäftsstelle

Der April 2025 hat es mit Terminen in sich. In den ersten beiden Aprilwochen werden auch die konstituierenden Sitzungen der Seniorenbezirksdelegierten erfolgen. Zurzeit, es ist Anfang März, werden diese Termine festgelegt, an denen unsere Anwesenheit erforderlich ist. Aus diesem Grunde verlegen wir unser Mitgliedertreffen auf eine andere Örtlichkeit, ausfallen lassen wollen wir es nicht.

Michael Rath

Im vergangenen Jahr hatten wir über eine Neukonzeption der Mitgliedertreffen unter Einbeziehung der Geschäftsstelle diskutiert, diese Gedanken aber zurückgestellt. Die Situation in diesem April bietet sich gerade dafür als Test an. Wir wollen bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch kommen. Unser nächstes Mitgliedertreffen findet daher am

Dienstag, dem 8. April 2025, um 15 Uhr in der Geschäftsstelle der GdP in der Hindenburgstr. 49

im sog. Bacardi-Turm und nicht wie üblich in der Kantine des PP statt. Der Eingang zur Geschäftsstelle befindet sich zwar im Erdgeschoss des Gebäudes, dennoch ist eine Treppe zu bewältigen. Es gibt einen, allerdings ziemlich versteckten, Aufzug. Meldet euch bitte zuvor, sofern der Aufzug erforderlich ist. Das Mai-Treffen findet dann wieder im Polizeipräsidium statt.

Vormerken für den Mai

Bitte merkt euch auch schon den 27. Mai 2025 vormittags von 11:30–13 Uhr vor. Wir planen einen Besuch bei „Barrierefrei e. V.“, gelegen auf dem Gelände der Stiftung Alsterdorf, Alsterdorfer Markt 7 in 22297 Hamburg. Hier

bei handelt es sich um ein Beratungszentrum für technische Hilfen und Wohnraumanpassung. Für eine Einstimmung kann der Verein im Internet unter www.barrierefrei-leben.de aufgerufen werden. Für diesen in der Anzahl der Teilnehmer begrenzten Besuch ist eine Anmeldung in der GdP-Geschäftsstelle unter der Telefonnummer (040) 2808960 erforderlich, bei hohem Interesse wird ggf. ein zweiter Besuch geplant.

Informationen erfolgen auch bei unserem Mitgliedertreffen im April. Die Führung ist kostenfrei. Im Anschluss bietet sich für Interessierte ein gemeinsames Mittagessen im dortigen Kesselhaus auf eigene Kosten an.

Noch ein kurzer Rückblick

Im Februar hatten wir Herrn Torsten Voß, Leiter des Verfassungsschutzes Hamburg, zu Gast. Mit Spannung und viel Interesse wurde die Vorstellung des Verfassungsschutzberichts aufgenommen. Im Nachgang wurden diverse Fragen aus dem Plenum von Herrn Voß beantwortet. Für den Vortrag, die Gespräche und den anschließenden Dialog besten Dank.

Wir freuen uns auf eure Teilnahme und denkt bitte daran, im April bei der GdP! ■



**Hinweis:**

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25- und 40-jährigen Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung. Tel.: (040) 280896-17

DP – Deutsche Polizei
Hamburg

Geschäftsstelle
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de